

Politische Uebersicht.

Leipzig, 3. Juli.

Wir knüpfen an den heutigen Leitartikel eine Berliner Correspondenz, welche die Haltung oder richtiger die Spaltung der nationalliberalen Fraktion bei der Beratung des Reichengesetzes wie folgt charakterisirt: „Wenn es für die Hälfte der nationalliberalen Fraktion, welche mit Beningens für den Art. 1 stimmte, nicht wohl möglich war, nach Ablehnung desselben eine Schwärzung zur Ablehnung des ganzen Gesetzes zu machen, so hätten doch diejenigen, welche die Verantwortlichkeit für jene Ablehnung übernahmen, auch die Verantwortlichkeit für die Verwerfung des ganzen Gesetzes nicht scheuen dürfen, um so weniger, als, wie jetzt geschehen ist, durch ihr widersprechendes Verhalten gerade das Gegentheil von dem erreicht ist, was sie anstrebten, nämlich statt einer Sicherheit dafür, daß Art. 4 in nächster Session nicht wieder eingebracht werde, vielmehr für die Regierung der triftigste Vorwand dafür. Ob es freilich dazu kommt, hängt nicht von Herrn v. Puttkamer, sondern vom Fürsten Bismarck ab, deren Stellung zu der Vorlage, wie wir wiederholt hervorgehoben haben, nicht weniger als identisch war. Gerade diejenigen Bestimmungen des Entwurfs, welche Herr v. Puttkamer und die Conservativen nach und nach gepöfert haben, entsprangen der eigenen Initiative des Reichskanzlers, und nachdem sie befeitigt waren, hatte für ihn die Vorlage mit oder ohne Art. 1 gleich wenig Werth. Da seine Absicht, je den Umständen nach die schärfste Anwendung der Maßregeln und die weitestgehenden Milderungen derselben in der Hand zu haben, um das Centrum zwischen Furcht und Hoffnung einzuflechten, durch das „Compromiß“ gänzlich vereitelt wurde, so erklärt sich hinreichend die Gleichgültigkeit, mit welcher er dem weiteren Geschick des Entwurfs aus dem Wege gegangen ist. Eben darum ist ihm aber auch an einer partiellen Ergänzung des jetzigen Entwurfs nicht gelegen und in unterrichteten Kreisen herrscht die Annahme, daß er sich zu erneuten Vorgehen in dieser Richtung, dann aber auch in der umsooffensivsten Weise, nur entschließen wird, wenn ihm das Verhalten sei es der Curie sei es des Centrums dazu besondere Veranlassung giebt. Darum erfahren auch einstweilen die Liberalen von offizieller Seite eine so rückhaltvolle Behandlung, während gegenüber dem Centrum alle Schlingen der Polemik geöffnet sind. Kundige Beobachter sind sicher, daß Fürst Bismarck der nationalliberalen Partei ihr Verhalten bei dieser Gelegenheit nicht leicht verzeihen wird, und zwar Herrn v. Beningens und dessen näheren Freunden so wenig, als der anderen Hälfte, welche Dr. Fall gefolgt ist, weil eben die erlernten seine Absicht nicht weniger gekreuzt haben, als die letzteren.“

Auch in der braven Hansestadt Lübeck scheint der Pessimismus die Gemüther in bestiger Weise ergriffen zu haben, denn die Fortschrittspartei hat den Nationalliberalen denselben einseitigen der Errichtung des norddeutschen Bundes besessenen Reichstagswahlkreis entzogen. Sie hat es an wüthiger Agitation nicht fehlen lassen und noch in den letzten Tagen Herrn Eugen Richter entsandt, um in einer maßlos gebührenden Weise gegen den Nationalliberalismus zu gehen. Nach nationalliberaler Seite hat man offenbar wieder einmal die Gefahr unterschätzt und keineswegs die nötige Energie bewiesen, um Vertrauen, daß ein so alter Feind nicht verloren gehen könne. Die fortschrittliche Eroberung Lübecks scheint uns nebenbei eine Ueberwältigung einer allzu vertrauensfertigen und sorglosen Bäckerei zu sein, die bei etwas mehr Anstand und Wachsamkeit wohl zu vermeiden gewesen wäre. Die Scharte wird das nächste Mal hoffentlich ausgeweidet werden. Ob besonders persönliche und locale Gründe zu dem fortschrittlichen Wahlsieg beigetragen haben mögen, ist uns nicht bekannt. Ein sehr wesentliches Moment für den Erfolg des fortschrittlichen Candidaten liegt jedenfalls in der stark oppositionellen Stimmung, welche in den großen Seehandelsstädten gegen die neuere wirtschaftliche Politik herrscht. Die Fortschrittspartei hat die Mithimmung der Hansestädte über die neue Wendung unserer Handels- und Zollpolitik in überaus rühriger, zudringlicher und leider auch erfolgreicher Weise ausgenutzt, so wenig auch die nationalliberale Partei als Stütze des herrschenden wirtschaftlichen Systems betrachtet werden kann. Zu den Beschlüssen des in Berlin versammelt gewesenen europäischen „Arespagos“, welcher über die Interessen Griechenlands sino ira, aber wie es scheint cum studio behandelt hat, wird uns von sachkundiger Seite mitgeteilt: „Beltungsnachrichten zufolge soll in der Schlussakte der Berliner Konferenz deren Beschluß über die türkisch-griechische Grenzlinie als Schiedsgericht (arbitrage) bezeichnet sein. Da aber von einem eigentlichen Schiedsgericht nach dem Wortlaut des Artikels 24 des Berliner Vertrages nicht die Rede sein kann, so ist jenes Wort nur ein Verlegenheitsausdruck, zu welchem die eigenthümlich verwickelte Stellung der Mächte als „Brennpunkt“ greifen ließ. Streng genommen konnte die Konferenz nur die Bedeutung eines Mittels für die Mächte haben, zunächst unter sich über die Basis der gemäß jener Vertragsbestimmung von ihnen übernommenen Vermittelung einig zu werden. Nachdem diese Basis nunmehr gefunden ist, hätte erst die eigentliche Vermittelung zu beginnen. Die Sache ist aber dadurch auf den

Kopf gestellt, daß bereits zwei Jahre lang ohne feste Basis fruchtlos hin und her verhandelt ist, da nach dem Verhalten der Pforte vom ersten Augenblicke an keine Möglichkeit blieb, wie es der Art. 24 vorausgesetzt hatte, die beiden streitenden Theile zuerst unter sich den Versuch einer Verständigung machen zu lassen, vielmehr nach den ersten ablehnenden resp. ausweichenden Erklärungen der Pforte Griechenland schon im September 1878 die Vermittelung der Mächte anrufen mußte, und die Verhandlungen zwischen den Beistehenden, welche später in Prebese und Konstantinopel wirklich stattgefunden haben, nur unter unablässigem Drängen der Mächte in Gang gesetzt und erhalten werden konnten. So erscheint Das, was die erste Voraussetzung der Vermittelung sein sollte, jetzt als deren letztes Wort, über welches die Mächte von den Beistehenden nur eine kurze Entscheidung mit Ja und Nein, mit Ausschluß jeder weiteren Diskussion erwarten. Daß es aber kein Schiedsgericht im völlerrechtlichen Sinne ist, spricht gleich das nächste Wort aus, daß die Pforte und Griechenland eingeladen (invité) werden, demselben beizutreten. Die Thätigkeit des Schiedsrichters ist mit dem Schiedsgericht selbst beendigt, und es betrifft lediglich das zwischen den Parteien bestehende Vertragsverhältnis des Compromisses, ob sie demselben sich fügen oder nicht, es würde der Stellung des Schiedsrichters durchaus nicht angemessen sein, sich mit dem einen Theile zu verbinden, um von dem anderen die Ausführung des Spruches zu erzwingen, während es im Gegentheil bei dem Vermittler selbstverständlich ist, wenn er sein letztes Wort gesprochen hat, sich gegen den zu wenden, der ihm nicht Gehör schenken will, mag dies nun bloß durch moralische Haltung oder auch durch thätliches Eingreifen geschehen.“ Die „Nordd. Allg. Ztg.“ vom Freitag giebt den folgenden Bericht: „Gestern Nachmittag um fünf Uhr fand die Schließung der Konferenz statt. Es erübrigte nur noch die Unterzeichnung der von den Mächten unterzeichneten Note wird dem Vernehmen nach in Konstantinopel und in Athen durch den jeweiligen ältesten Vertreter der sechs bei der Konferenz betheiligt gewesenen Großmächte besorgt werden. Als unrichtig ist die Angabe zu bezeichnen, wonach verschiedene Noten zur Ueberreichung gelangten. Was die sogenannten Secundärfragen betrifft, als Uebernahme eines entsprechenden Antheils der türkischen Staatsschuld durch Griechenland, die Gultausbreitung u. s. w., welche in den Conferenzenverhandlungen zur Discussion gelangt sind, so haben dieselben angemessene protokollarische Erwähnung gefunden. Der Vorsitzende, Fürst Hohenlohe, sprach den Mitgliedern seinen Dank für die ihm geleistete Unterstützung aus. Der Einmüthigkeit der Mächte, der energischen, einhätigen Thätigkeit ihrer Vertreter auf der Konferenz sei die rasche und erfolgreiche Abwidelung der Geschäfte zu verdanken, er hoffe und wünsche den letztgenannten Erfolg von dieser Thätigkeit. Daraus ergreift der österreichische Vorkämpfer Graf Szechenyi das Wort zunächst zu einem Dank für die ausgezeichnete Leitung der Geschäfte durch den Fürsten Hohenlohe. Auch dieser wiederum gab der Hoffnung auf letztgenannte Früchte Ausdruck; er betonte, wie sich Deutschland um die Initiative bei Beratung der Konferenz ein besonders Verdienst erworben, und wie dieser Vorgang aus Neuem die Weisheit und Friedensliebe des erhabenen deutschen Kaisers Wilhelm II. und die haarmännlichen Vorträge seines Reichskanzlers Fürsten Bismarck bekunde.“

Der Einfluß Oesterreichs im Oriente ist im Wachsen; dafür sprechen verschiedene Anzeichen, wie der Besuch des Fürsten Milan von Serbien in Wien. Mitte September begiebt sich Kaiser Franz Josef zu den großen Randern nach Galizien oder Bukowina und ist bei diesem Anlasse eine Zusammenkunft mit den Fürsten von Rumänien und Bulgarien geplant, die wahrscheinlich in Suczawa oder Czernowitz von dem Monarchen empfangen werden. — Die sonstigen Wiener Nachrichten lauten nicht eben erfreulich für die Stellung des Deutschthums den Slaven gegenüber. Die Landtage arbeiten eifrig, um den Rest ihrer Agenden der Erledigung zuzuführen. Ende der nächsten Woche dürften voraussichtlich die meisten Landtage ihre Thätigkeit beenden und die Session beschließen. Im böhmischen Landtage hat die Beratung über das Budget pro 1880 begonnen, und zwischen diesen Verhandlungsgegenstand und den Voranschlag für 1881 soll die Debatte über die Sprachenzwangs-Verordnung eingeschoben werden. Der Minoritäts-Antrag mit seinen Erwägungen zeigt, daß die Czechen in der Sprachenfrage überaus herausfordernd aufzutreten gewillt sind. Die Auforderung der Verfassungskommission nach Abhilfe gegen die Sprachenzwangs-Verordnung beantworteten die Czechen in ihrem Minoritäts-Antrage mit dem Begehren nach Einführung der czechischen Sprache als interner Amtssprache für die Behörden in den czechischen Bezirken. Auch in Crai ist das Deutschthum bedroht. Die nationalen Blätter erheben von Tag zu Tag lauter ihre Haupt. Sie fordern von der Regierung bereits alles Erdenkliche. Ihre neueste Forderung geht dahin, Beamte und Lehrer, welche nicht ausschließlich in slovenischer Sprache amtieren wollen, zu entfernen, und zwar, wie sie sagen, nach dem Spruche der Schrift: „Die Hand, welche dich ärgert, haue ab und werfe sie ins Feuer“. Außerdem sorgt man dafür, daß die Ge-

meinden von der Landesregierung die Ausmerzung der deutschen Unterrichtssprache in allen Schulen Krains fordern. Bei der Ausführung der Maßregeln gegen die Jesuiten in Paris ist es, wie dem Leser bekannt, zu unbedeutenden Buttschen gekommen. Die literale Presse bemüht sich nun, die Ereignisse als imposante Manifestation zu Gunsten der Jünger des heiligen Ignaz darzustellen. Alle derartigen Berichte sind als unrichtige Uebertreibungen zu bezeichnen. Das Ganze trug den Charakter eines von den Jesuiten organisirten, insofern mißglückten Theater-Coups, der hinsichtlich der Bedeutung der neulichen gescheiterten communistischen Demonstration am Bastilleplatz gleichkommt. Die in der Rue de Sevres Versammelten waren Commandirte der katholischen Gesellenvereine, und einige hysterische Frauen, von den legitimen Senatoren und Deputirten waren wenige am Plage erschienen. Trotzdem herrschte natürlich lebhaftest Aufregung zu Paris über diese Vorgänge im Publicum und in der Presse, wie eine unbestreitbare Bewegung der Gemüther betriebs der weiteren Maßnahmen der Regierung gegen die übrigen Congregationen. Anstehend wird hierbei die Regierung mit äußerster Wäßigung verfahren und mit neuen Versuchen zu einer versöhnlichen Verständigung vorgehen. In parlamentarischen Kreisen werden Interpellationen wegen der gemeldeten Vorgänge angefündigt. — Der Präsident des Tribunals in Lille hat sich zur Entgegennahme der von den Jesuiten wider den Präfecten wegen Verletzung des Hausrechts ausgebrachten gerichtlichen Vorladung (des Widerspruchs des Präfecten ungeachtet) für competent erklärt und die Verhandlung über die Sache selbst auf Sonnabend festgesetzt. — Aus Lyon wird gemeldet, daß, als die neuen Mitglieder des Parquets vor dem Appellhofe vereidigt und die neuen richterlichen Beamten in ihr Amt eingeführt werden sollten, eine größere Anzahl der anwesenden Advocaten in demonstrativer Weise den Sitzungssaal verließ. — Der Senatsausfluß ernannte Boisjans-Lavernière zum Berichterstatter über die Amnestie mit dem Auftrage der Weisheit, sowohl den Regierungsantrag wie alle Gegengewandte zurückzuweisen. Es ist also nicht unwahrscheinlich, daß die Amnestie verworfen wird. In diesem Falle wird die Regierung eine allgemeine Begnadigung sofort eintragen lassen und nur die Wahlvergehen von derselben ausschließen.

Die Nachrichten aus Albanien lauten sehr sürmisch und sensationell. Wir registriren, ohne Gewähr für die Richtigkeit der telegraphischen Meldungen, daß Montenegro seine Rüstungen verstärkt und alle wehrfähigen Mannschaften unter die Fahnen ruft, um die Liga mit Gewalt aus ihren Positionen an der montenegrinischen Grenze zu vertreiben; daß ferner die Liga den Krieg nicht nur gegen Montenegro, sondern auch gegen Griechenland beschloffen und der Türkei die Integrität des albanesischen Territoriums gewissermaßen verbürgt hat und dafür von den türkischen Behörden nur die Verforgung mit Waffen und Munition begehrt. Bei diesen Meldungen handelt es sich möglicherweise um türkische Enten. Der „Polit. Correspond.“ wird dagegen von der serbisch-bosnischen Grenze bestätigend gemeldet, daß Ejub Bei, ein Mitglied der albanesischen Liga, mit mehreren Krawaten am 27. v. M. den Gouverneur von Rovibazar, Hassan Pascha, überfiel und tödtete. Hassan Pascha hatte wegen der zunehmenden Gährung unter den Arnauten des dortigen Districtes und wegen der für die Christen drohenden Gefahr die allgemeine Entwaffnung angeordnet. Man darf näheren Verriachens mit Spannung entgegensehen.

Ueber die Stellung des belgischen Ministeriums dem Vatican gegenüber werden interessante Einzelheiten gemeldet. In dem Erlasse des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an den belgischen Gesandten beim Vatican betreffend den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum päpstlichen Stuhle heißt es: „Die Aufrechterhaltung der Gesandtschaft war möglich, ja sogar nützlich, so lange der Paps den Kämpfen fern blieb, die in Belgien von den Bischöfen gegen die Gesetze und nationalen Institutionen erregt wurden, und seinen Einfluß dazu verwandte, die Feindseligkeiten zu mildern. Die Aufrechterhaltung der Gesandtschaft wurde aber unmöglich von dem Augenblicke an, wo der Paps zum Widerstand gegen die Staatsgesetze ermuthigte. Obwohl er mit angesehen hatte, wie excessiv und inopportun die von den Bischöfen bezüglich des Schulgesetzes getroffenen Maßnahmen waren, giebt der Paps jetzt in folge einer unbegreiflichen Aenderung seiner bisherigen Haltung den von den Bischöfen erlassenen Instruktionen seine Zustimmung. Unter diesen Umständen hält es die Regierung für ihre Pflicht, die Gesandtschaft abzurufen.“

Im englischen Unterhause ist die Angelegenheit Bradlaugh zu einem vorläufigen Abschlusse gekommen. Die von dem Premierminister Gladstone Namens der Regierung beantragte Resolution, nach welcher jedes Parlamentmitglied, welches Dies beansprucht, an Stelle des Eides eine den bestehenden Gesetzen für Quäker und andere Secten entsprechende Erklärung an Eidesstatt ablegen darf, ist vom Hause angenommen worden. Bradlaugh nahm am Freitag, nachdem er eine Erklärung an Eidesstatt abzugeben hatte, seinen Sitz im Hause ein. In Beantwortung der vom Deputirten D'Donoghue angefündigten An-

frage erklärte Unterstaatssecretair Dille, es gebe keinen Präcedenzfall, wo einer fremden Regierung wegen Ausweisung von Jesuiten Vorstellungen gemacht worden seien. Auch habe kein britischer Unterthan, der von der durch die französische Regierung verfügten Ausweisungsmäßregel betroffen worden, bisher den Schutz seiner heimischen Regierung nachgesucht. Auf eine Anfrage Richard's erwiderte Gladstone, über die jüngst erwähnten Versuche Lord Clarendon's im Jahre 1870, den Beginn einer Abrüstung herbeizuführen, besinde sich im auswärtigen Amte nur ein Schriftenwechsel mit Frankreich. Ueber den bezüglichen Meinungsaustausch mit Deutschland sei kein Schriftenwechsel vorhanden, weil die Angelegenheit vermuthlich nicht amtlich verhandelt worden sei. Eine Vorlegung der Schriftstücke, die nur eine einseitige sei, empfehle sich daher um so weniger, als sie zu irrigen Schlussfolgerungen und polemischen Controversen führen könne.

Neues Theater.

Leipzig, 3. Juli. Seitdem L. Anzengruber mit dem Berliner Schillerpreis ausgezeichnet worden ist, wendet man auch in Norddeutschland seinen Dramen eine größere Aufmerksamkeit zu. Gleichwohl ist das Localcolorit, welches selbst der Sprache eine durchgängige Dialektfärbung giebt, in ihnen so vorherrschend, daß diese Dramen bei uns immer fremdartig gemahnen oder nur jenen aparten Genuß gewähren werden, den die Liebhaber der Dialektpoesie an den verschiedenartig gefärbten Erzeugnissen derselben finden. Das gestern zur Ausführung gebrachte Schauspiel des österreichischen Volksdichters: „Der ledige Dof“ steht hinter dem besten Drama desselben, dem „Farrer von Kirchfeld“, wesentlich zurück. Der Hauptconflict könnte ebenso gut in jedem Salonschauspiel zum Austrag kommen, der ländliche Hintergrund ist dafür zufällig. Wohl aber enthält das Stück Szenen, die von einem markigen dramatischen Talent zeugen. Der Autor liebt überdies verwöhnte Excessen zu zeigen wie den Wurzelsepp, einen bäuerlichen Rarisch, und im „Ledigen Dof“ die Theresie Kamleitnerin, und diese Charaktere geben seinen Dichtungen einen genialen Zug.

Das Stück ist schon früher, meistens in derselben Besetzung, hier gegeben worden. Frau Geisinger (Agnes Bernhofer) erfreute uns durch die Darstellung der staltlichen stolzen Bäuerin, ihrer Gefühlskämpfe, ihrer Gemüthsabrisse: vorzüglich brachte sie die Herzengangs im Verlauf des ganzen dritten Actes und die wechselnden Gefühle bei dem Erscheinen des todtegeglaubten Leonhardt zur Geltung. Ebenso trefflich war ihr Spiel in der großen Scene mit Theresie im zweiten Act. Diese wurde von Frau Western gepiekt; wo es schwarzgezeichnete Frauencharaktere gilt, da ist diese Darstellerin immer an ihrem Plage. Ihre Theresie hatte einen gewissen hautgödt innerer Bewußtsein, der durchaus pikant war. Neu war Herr Sommerstorff in der Rolle des Leonhardt welcher er vor Allem ein tüchtiges Localcolorit verlieh, und Herr Conrad, der als Schullehrer Waldner eine solche Charakterzeichnung gab.

Auch dies Stück kann an unserer Bühne immer nur als ein österreichischer Importartikel betrachtet werden, eine dauernde Stätte wird es hier nicht finden. Rud. v. Gottschall.

Musik.

Carola-Theater.

Einer so vortrefflichen Besetzung gegenüber wie der, mit welcher Loring's komische Oper: „Der Wildschütz“ am Freitag im Carola-Theater in Scene ging, hat die Kritik nur äußerst wenig zu thun; sie kann sich darauf beschränken, allen Denen, die sich einmal von Herzen satt lachen wollen, den Besuch der, etwa noch stattfindenden Wiederholungen der Aufführung dringend zu empfehlen. Der Schulmeister Faculus des Herrn Freney ist eine so packend komisch wirkende Figur, daß es der etwas gröblichste äußerliche Reizmittel wie des Experiments mit der Schnupftabakdose wachhaftig nicht bedarf, um die Lacher zu gewinnen. Auch ohne diese Pazzi erhält Herr Freney unsere Lachmuskeln ziemlich ununterbrochen im Gange. Dabei wird er von Frau Ligmann-Guyssbach (Gretchen, seine Braut) in wirksamster Weise unterstützt, so daß auch diese Partie kaum besser zu besetzen sein dürfte. Auch der unverwundliche Humor und die frische, fröhliche Gesangsweise des Fräulein Wiedemann dürfen kaum ein besseres Theaterfeld finden als das der Baronin Freymann, ebenso wie auch Frau Egli wohl kaum eine Partie hat, die ihr besser zu Gesicht steht als die Gräfin von Eberbach. Einen bildsauberen Stubendurchschneider giebt Fr. Kalmann, und Herr Ligmann's Graf von Eberbach ist in Spiel und Gesang eine ebenso ausgezeichnete als wirksame Leistung. Herr Sedlmeyer, der den Baron Kronthal gab, hat gute Mittel — sein Tenor ist namentlich in der Höhe sehr ausgiebig — und entschieden auch Begabung; doch ist sein Gesang und besonders sein Dialog noch mit gewissen berechtigten Stammeseigenheiten behaftet, die, auf der Bühne besonders, die gute Wirkung etwas beeinträchtigen. Da ferner auch Herr Döcker bei den Haushofmeister Pancratius mit viel Humor spielte und Chor und Orchester an der ganzen Aufführung mit Feuer und Präcision sich bethe-

als
hr
tc.
zu Ver-
spreisen.
onnates.
Visiten-
Album
50 A an-
chen von
ollen von
kbecher
Segeleinen
Schürm-
büchsen
Photo-
an.
erts, 1000
apieren
arton 1 A,
Stück 75 A
e,
3.
Tr.
Meter
neuehen
6 A. —
40 A an.
Franken,
las und
n, Ver-
fänge. —
wahl. —
in großer
A an. —
ifen.
g.
cken
inennarbrit.
en
1 A an.
ngen.
Ruker.
en.
mmen.
H. Nachrid
nicht merk
tz
mann.
Beilagen